Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Freitag, den 8. Mai 1925.

Einzelnummer: 25 Groschen.

Lodzer Volkszeitung

Nr. 55.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109, Hof rechts Tel. 36-90. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Privat-Telephon des Schriftleiters: 28-45

Der Abonnementspreis für den Monat Mai beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

3. Jahrg.

Die französischen Gemeindewahlen.

Seit den Parlamentswahlen im Mai des vorigen Jahres hat sich der Senat eine ganz neue Rolle zurechtgelegt. Früher betrachtete sich der Senat als Vertretung der französischen Mittelklasse, und sein Bestreben war darauf gerichtet, die Gesetzgebung vor allzu großen Schwankungen nicht nur nach links, sondern auch nach rechts zu bewahren. Er wollte ein mäßigendes Element sein, aber auch nicht mehr. Und noch eines! Niemals seit dem Bestehen der jetzigen Verfassung, also seit 1875, versuchte der Senat, sich der Kammer gegenüber als entscheidender Machtfaktor auszuspielen. Als unantastbares Prinzip galt, daß in allen Streitfragen zwischen den beiden Faktoren der Gesetzgebung die Entscheidung der Kammer zukomme. Begründet war dies in dem Respekt vor dem allgemeinen Wahlrecht. Denn während die Kammer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, ist das Wahlrecht für den Senat nicht bloß äußerst eng gezogen, sondern überdies auch noch indirekt. Senatswähler sind in jedem Departement die Senatoren und Abgeordneten des Departements, dann sämtliche Mitglieder des Departementsrates, die sogenannten Generalräte, und schließlich die in jeder Gemeinde vom Gemeinderat delegierten Wähler. Da nun diese delegierten Wähler allüberall die Mehrzahl bilden, in manchen Departements sogar die weitaus überwiegende Mehrzahl, bedeuten die Gemeinderatswahlen recht eigentlich die Senatswahlen. Da sich nun seit dem Siege des Linksblocks der Senat das entscheidende Wort in der Gesetzgebung aneignen will, und sogar vor einem Konflikt mit der Kammer nicht zurückscheut, sind die jetzigen Kommunalwahlen aus ihrer traditionellen lokalen Sphäre hinübergeglitten in die hohe Politik.

Deshalb gingen denn auch alle Parteien in derselben Kampfesformation, ja wenn möglich noch geschlossener, in die Wahlen wie im vorigen Jahre. In den meisten Bezirken standen gleich beim ersten Wahlgang Linksblock und Rechtsblock einander gegenüber, und natürlich in gesonderter Stellung die Kommunisten.

Trotzdem also die Kommunalwahlen rein politische Natur zeigen, ist es doch merkwürdigerweise jetzt in Frankreich zum erstenmal geschehen, daß nicht nur die Sozialisten, sondern auch die Radikalen mit einem eigenen Kommunalprogramm in die Wahlen gingen. Die soziale Tätigkeit der Sozialisten auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung war auch bisher schon ziemlich beachtenswert. Nur mußte man, um sie kennenzulernen, hinaus in die Provinz gehen. Die Mehrzahl der Abgeordneten sind gleichzeitig auch Bürgermeister, und fast alle haben in ihren Gemeinden eine Reihe von wertvollen sozialen Institutionen geschaffen und damit dem Proletariat wenigstens einen teilweisen Ersatz geboten für die geradezu erschreckenden Mängel der französischen Sozialgesetzgebung.

Ein wichtiger Punkt in dem Wahlkampf war auch die Agitation für eine Reform des Senats. Während sich noch im vorigen Sommer die bürgerlichen Linksparteien an diese Frage nicht zu rühren getrauten, hat das dummdreiste Benehmen des Senats in den letzten Monaten diese Frage in den Vordergrund der politischen Diskussion gebracht.

Sehr energisch hat auch die Freimaurerei, die in Frankreich noch sehr mächtig ist, in den Wahlkampf eingegriffen. Während sich bisher diese Institution in allen Wahlkämpfen als politisch neutral erklärt hatte, ist sie jetzt mit einem geharnischten Aufruf gegen den Nationalen Block mitten in die Kampfesreihen ein-

Blutige Reifeprüfung in Wilna.

Die Schüler schießen auf die Prüfungskommission. — Drei Tote und einige Verwundete.

Gestern vormittag um 11 Uhr fand im Gymnasium auf den Namen Lelewel in Wilna die Reifeprüfung statt. Der Schüler Lawrynowicz, der bei der Prüfung durchgefallen ist, zog plötzlich einen Revolver aus der Tasche und gab einen Schuß auf den Gymnasialdirektor Bieganski ab. B. wurde an der Hand leicht verwundet. Die in der Nähe sitzenden Schüler stürzten sich auf den Attentäter, um ihn zu entwaffnen. Lawrynowicz ließ den Revolver fallen, befreite eine Hand, zog eine Handgranate aus der Tasche und warf diese vor sich hin. Durch die Granatstücke wurde der Attentäter sowie der Schüler Domanski auf der Stelle getötet. Ein Schüler namens Zagurski starb bald darauf an den Verletzungen. Einige weiteren Schüler wurden verwundet.

Einige Minuten nach der Explosion der Granate erhob sich aus einer hinteren Bank ein anderer Schüler, Obrembski, der bei der Prüfung ebenfalls durchgefallen ist. O. zog einen Revolver hervor und eröffnete eine Schießerei auf die Prüfungskommission. Durch einen der Schüsse wurde Professor Jankowski in den Bauch verwundet. Er kämpft mit dem Tode. Die letzte Kugel schoß sich O. in die Schläfe und war auf der Stelle tot.

Die eingetroffenen Polizeibehörden haben eine Untersuchung eingeleitet. Bei dem getöteten Lawrynowicz wurde eine zweite Handgranate gefunden, die zum Glück nicht explodiert ist.

Der Vorfall hat in Schulkreisen große Beunruhigung hervorgerufen.

Ist Kritik Staatsverrat?

Der Prozeß gegen die ukrainischen Abgeordneten bei geschlossenen Türen. — Ratajski gerettet.

Seit dem 6. Mai wird in Równo der Prozeß gegen die drei ukrainischen Abgeordneten verhandelt. Die Abgeordneten, darunter Pawel Wasynczuk, sind bekanntlich des Staatsverrats angeklagt und seinerzeit vom Sejm dem Gericht ausgeliefert worden. Das Gericht hat zu entscheiden, ob die ukrainischen Abgeordneten durch ihre scharfe Kritik an den bestehenden Zuständen in den Ostgebieten sich des Staatsverrats schuldig gemacht haben oder nicht.

Selbstverständlich muß diesem Prozeß eine große politische Bedeutung beigemessen werden, was übrigens schon daraus hervorgeht, daß Abg. Wasynczuk zahlreiche führende Politiker als Sachverständige geladen hat. Die politische Ausbeutung des Prozesses fürchtet aber die polnische Regierung. Deshalb kam das Gericht auf den schlauen Gedanken, die Verhandlung bei geschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Durch diesen Schachzug ist auch den übrigen ukrainischen Abgeordneten die Möglichkeit genommen worden, dem Prozesse beizuwohnen. Die Ukrainer sind über diesen Beschluß des Gerichts empört, weil sie der Ansicht sind, daß das Gericht einem Wink der Regierung Folge geleistet hat, die selbstverständlich ein großes Interesse daran hat, daß nichts von den Verhandlungen in die Oeffentlichkeit dringt.

Am 6. Mai war nur der Abg. Chrucki im Sejm. Die übrigen Ukrainer sowie zahlreiche andere Abgeordneten waren in Równo, um dort zu erfahren, daß sie nicht einmal als Zuhörer den Verhandlungssaal betreten dürfen. Die Abwesenheit der Abgeordneten hat der Marschall geschickt ausgenützt, indem er die Abstimmung über die einzelnen Budgets durchführte. Dadurch wurde der Innenminister Ratajski gerettet, der, da die N. P. R. gegen ihn stimmte, bei Anwesenheit der Ukrainer und der anderen Abgeordneten unweigerlich am längsten Minister gewesen wäre.

Auf den Ausgang des Prozesses darf man mit Recht gespannt sein. Daß man sich Mühe geben wird, nachzuweisen, daß die angeklagten Ukrainer in ihren Reden umstürzlerische Ideen oder zumindestens die territoriale Autonomie der Ukrainer propagiert haben, steht außer Zweifel.

Aber ebenso fest steht es, daß die Angeklagten mutig für ihre politischen und völkischen Ziele einstehen werden, immer nach dem Ausspruch Pawel Wasynczuks:

„Wo uns der Henker einen Strick drehen kann, findet er uns bereit."

Attentate oder Schlamperei?

Das Eisenbahnunglück im Korridor dürfte der polnischen Regierung einige Millionen Zloty kosten.

Bekanntlich haben Sachverständige festgestellt, daß die Schnellzugsentgleisungen bei Rogów am 22. März und 23. April nicht auf Anschläge zurückzuführen sind, sondern auf die schlechte Instandhaltung der Eisenbahnlinien. Trotzdem der „Robotnik" und andere polnische Blätter darauf hinwiesen, daß die Eisenbahnschwellen auf verschiedenen Schnellzugslinien derart verfault sind, daß man jeden Augenblick neue Katastrophen erwarten könne, hat das Eisenbahnministerium bisher nichts unternommen, um die schadhaften Schwellen durch neue zu ersetzen. Das Eisenbahnministerium steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß das polnische Eisenbahnwesen in bester Ordnung sei und daß die Eisenbahnunglücke durch verbrecherische Anschläge verübt wurden.

Auch bei dem Eisenbahnunglück im polnischen Korridor scheint die Ueberzeugung vorzuherrschen, daß es das Werk von Verbrechern ist. In Sejmkreisen ist man der Meinung, daß, wenn es sich um Verbrecher handelt, diese keinesfalls sich aus deutschen politischen Kreisen rekrutieren. Diese Ansicht wird damit begründet, daß die Deutschen, wenn sie sich solcher Mittel bedienen wollten, Anschläge auf Güterzüge bzw. auf polnische Züge verübt hätten, niemals aber auf deutsche.

Dagegen ist man in Warschau geneigt, anzunehmen, daß es sich um eine Bande handelt, die vielleicht mit den Sowjets in Verbindung steht, und die es sich zur Aufgabe gestellt hat, planmäßig Terrorakte zu verüben.

Auf die politische Seite des Eisenbahnunglücks haben wir bereits mehrfach hingewiesen. Die Deutschen schlachten die Katastrophe politisch aus und rollen erneut die Korridorfrage auf.

Abgesehen von den politischen Folgen, die diese Katastrophe noch nach sich ziehen kann, steht es mehr als fest, daß Deutschland hohe Schadenersatzansprüche an Polen stellen werde. Wie es heißt, soll sich die polnische Regierung schon entschlossen haben, durch die Zahlung von einmaligen Entschädigungen an die Hinterbliebenen der Verunglückten, die deutschen Ansprüche zu befriedigen. Die polnische Regierung rechnet mit einer Entschädigungssumme von über eine Million Zloty, doch ist zu erwarten, daß die von Deutschland zu stellenden Schadenersatzansprüche weit größer sein werden. Außerdem ist damit zu rechnen, daß Deutschland auch noch Schadenersatz für die zertrümmerten Eisenbahnwagen fordern wird.

gesprungen. Da neben den Sozialisten die Freimaurer die eigentlichen Prügelknaben der Reaktion sind, ist dieses Heraustreten der Freimaurer aus ihrer bisherigen Reserve nur natürlich.

Ein umfassender Ueberblick über das Gesamtbild der gestrigen Gemeindewahlen ist auf Grund der bisherigen Ergebnisse noch nicht möglich, zumal in sehr zahlreichen Fällen noch eine Stichwahl in vierzehn Tagen vorgenommen werden muß. Gerade die Stichwahlen pflegen das Gesamtbild nach der einen oder nach der anderen Richtung zu verstärken. Aber schon jetzt steht es fest, daß das Linkskartell aus den Wahlen verstärkt hervorging und daß die Stichwahlen zweifellos der Linken zugute kommen werden.

In Paris ist das Wahlergebnis für das Linkskartell besser ausgefallen, als man erwartet hat. In neunundvierzig Bezirken, in denen bereits der erste Wahlgang entschied, hat zwar der Nationale Block seinen Besitzstand behauptet und neununddreißig Kandidaten gegen acht Mitglieder des Linkskartells und zwei Kommunisten durchbringen können. Doch stehen die Aussichten der Linksparteien für die Stichwahlen durchwegs günstig, so daß auch für Paris, das immer die Hochburg der Reaktion gewesen ist, eine nicht unbeträchtliche Verschiebung nach links zu verzeichnen ist.

In der Provinz, aus der bisher nur vereinzelte Teilergebnisse vorliegen, ist der Sieg des Kartells der Linken ganz auffallend gegenüber der vernichtenden Niederlage, die die Blätter der Opposition dem Kartell vorausgesagt haben. Das Land hat sich ein zweites Mal für das Kartell entschieden und damit das Ergebnis des 11. Mai 1924 in glänzender Weise bestätigt. Das Kartell hat nicht eine einzige Stadt verloren, dagegen eine ganze Anzahl großer Städte, wo bisher der Nationale Block geherrscht hat, gewonnen, darunter Bordeaux, Toulouse, Calais, Orleans, Vienne. In Lyon, wo die Rechte gewaltige Anstrengungen gemacht hat, um mit dem Kartell Herriot, den Oberbürgermeister der Stadt, selbst zu Fall zu bringen, hat dieses einen beträchtlichen Stimmenzuwachs erzielt.

In den 181 bereits gewählten Gemeinderäten haben die absolute Mehrheit errungen: Die Sozialisten in 15 (+9), die Republikanischen Sozialisten in 5 (+1), die Radikalsozialisten in 93 (+8), die Radikalen Republikaner in 8 (—2), die Linksrepublikaner in 25 (—14), die Nationalrepublikaner in 29 (—8), die Konservativen in 6 (—4), die Kommunisten in 0 (—0).

Demnach hat das Kartell bereits im ersten Wahlgang in 28 Gemeinden die bisherigen reaktionären Mehrheiten verdrängt. Einen besonders starken Zuwachs haben die Linksparteien in Elsaß-Lothringen. Da die Parteien dort vielfach den Wahlkampf getrennt geführt haben, wird sich dieser Erfolg allerdings erst in der Stichwahl auswirken.

In 204 Städten werden erst die Stichwahlen das endgültige Ergebnis über den Sieg der Linksparteien bringen.

D D.

Eine sensationelle Interpellation der P. P. S.

Der Redakteur der „Walka Ludu" ein Polizeikonfident?

Der Klub der polnischen Sozialisten reichte dem Sejm gestern die nachstehende Interpellation ein:

„Am 1. Mai 1925 in den Abendstunden wurde bei der Anfertigung einer Bombe der verantwortliche Redakteur der Wochenschrift „Walka Ludu", Czeslaw Trojanowski, verwundet. Die damit zusammenhängenden Begleitumstände haben eine große Beunruhigung hervorgerufen. Es stellte sich nämlich heraus, daß Trojanowski ein Konfident der politischen Polizei beim Warschauer Regierungskommissariat ist und seine Arbeiten in der Redaktion der „Walka Ludu" mit Wissen seiner Vorgesetzten im Dienst, hoher Beamter der politischen Polizei, verrichtet hat. Es wurde festgestellt, daß Trojanowski von seinen Vorgesetzten aus der politischen Polizei den Befehl erhalten hat, für den 1. Mai einige Handgranaten anzufertigen. Dieselben fabrizierte er in der Privatwohnung einer dritten Person. Die Granaten sollte er mit Wissen seiner Vorgesetzten aus der politischen Polizei des Regierungskommissariats der Stadt Warschau zum 1. Mai den Kommunisten zu einem unbekannten Zweck einhändigen.

Angesichts dessen, daß die vorgenannten Tatsachen unzweifelhaft alle Eigenschaften der Provokation seitens der politischen Polizeiorgane enthalten, fragen die Interpellanten den Justiz- und den Innenminister, ob diese geneigt sind, eine Untersuchung gegen die schuldigen Beamten und Funktionäre der politischen Polizei durchzuführen und sie sofort des Amtes zu entheben."

Abg. Krulikowski nach Ssowjetrußland gereist?

Der kommunistische Abgeordnete Krulikowski hat dem Sejmmarschall ein Schreiben zugesandt, daß er auf das Abgeordnetenmandat verzichtet.

Wie nunmehr bekannt wird, ist Krulikowski nach Ssowjetrußland abgereist, wo letztens eine Spaltung unter den polnischen Kommunisten stattfand, bei der die früheren Sozialdemokraten siegten.

Anstelle Krulikowskis übernimmt das Mandat ein Arbeiter aus Warschau, Rybacki.

Sejm.

(Von unserem Warschauer K.-Korrespondenten.)

Ratajski verteidigt sich. Eisenbahnminister Tyszka findet das Eisenbahnwesen in schönster Ordnung.

Die Dienstagsitzung des Sejm bewies erneut, daß man mit der Tätigkeit des Innenministers Ratajski und der des Eisenbahnministers Tyszka nicht zufrieden ist. Beide Minister versuchten sich zu rechtfertigen. Doch fielen ihre Reden sehr blaß aus und überzeugten niemand.

Abg. Zwierzynski vom Nationalen Volksverband erklärte sich wohl für das Budget des Innenministeriums, doch konnte er es nicht unterlassen, an Ratajski eine ziemlich heftige Kritik zu üben. Er sagte, daß die vielen Veruntreuungen bei der Polizei ein Skandal seien und daß sich Ratajski unfähig gezeigt habe, Wandel zu schaffen. Auch lasse die Politik des Ministers in den Grenzgebieten viel zu wünschen übrig. Der Minister habe sich um die Ostgebiete zu wenig gekümmert, deswegen brauche man sich auch nicht zu wundern, wenn dort ein Zustand der Anarchie herrsche.

Interessant waren die Ausführungen des Abg. Kiernik vom „Piast". Auch dieser Redner drückte seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit Ratajskis aus. Die Parole der Linken, territoriale Autonomie für die Minderheiten, sei vorzeitig. Er betonte zum Schluß, daß die Piasten das Recht der Minderheiten zur Nutznießung von der Bodenreform anerkennen, doch müßte dem polnischen Bauern der Bodenerwerb in den Ostgebieten erleichtert werden.

Das Auftreten des Innenministers war ein Mißerfolg. Nach den Angriffen gegen Ratajski erwartete man von ihm eine Rede, in der er sein Programm zur Behebung der Mißstände entwickeln würde. Doch nichts von alledem kam. Er spielte den Gekränkten. Besonders schmerzten ihm die Vorwürfe, daß das Innenministerium mit zu wenig Anträgen in den Sejm komme. Die Vorwürfe, daß seine Innenpolitik planlos sei, daß er die Schuld an dem Chaos, an den himmelschreienden Zuständen in den Grenzgebieten trage, schienen ihn weniger geschmerzt zu haben. Denn davon sprach er in seiner Rede fast gar nichts.

Während die Sejmparteien den Mut hatten, gegen den Innenminister einen Mißtrauensantrag zu stellen, so verließ sie dieser Mut bei der Besprechung des Budgets des Eisenbahnministeriums. Alle Redner waren überzeugt, daß im Eisenbahnwesen eine Mißwirtschaft sondergleichen herrsche. Nur der Eisenbahnminister Tyszka wußte nichts von den Schlampereien. Er hielt eine große Rede, in der er die Schuld an den Eisenbahnkatastrophen auf eine Verbrecherorganisation abwälzt. Der Eisenbahnminister warf sich dabei in die Brust und sagte wörtlich: „Das Eisenbahnunglück bei Stargard ist das Werk einer einheitlichen Verbrecherorganisation. Ich nehme auf mich die volle Verantwortung für das, was ich sage."

Man sieht, der Minister hat mannhafte Töne gefunden, trotzdem die Untersuchung noch gar nicht abgeschlossen wurde. Sein Versuch alles so hinzustellen, daß im polnischen Eisenbahnwesen alles in schönster Ordnung sei, ist hinlänglich widerlegt worden. Auch noch solch schöne Worte können die Oeffentlichkeit nicht davon überzeugen, daß Schlamperei ein unbekannter Begriff im polnischen Eisenbahnwesen ist.

* * *

Polen besitzt 343 Gefängnisse.

Darin büßen 35 000 Häftlinge ihre Strafen ab.

In der Mittwochsitzung des Sejm wurde über die Budgets des Außenministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Eisenbahnen abgestimmt. Die Opposition befand sich in der Minderheit, da alle ukrainischen Abgeordneten, mit Ausnahme eines einzigen, nach Rowno gefahren waren, um dem Prozeß gegen die drei ukrainischen Abgeordneten beizuwohnen. Auf diese Weise wurde Ratajski gerettet, obwohl als sicher angenommen wird, daß bei der 3. Lesung des Budgets erneut ein Mißtrauensvotum gegen Ratajski gestellt werden wird.

Nach den Abstimmungen wurde zur Aussprache über das Budget des Ministeriums für Justizwesen geschritten. Der Referent Abg. Gruszka vom Piast führte aus, daß das polnische Gefängniswesen sich auf dem Wege der Entwicklung befinde. Gegenwärtig zähle Polen 343 Gefängnisse, in denen über 35 000 Häftlinge ihre Strafen abbüßen. Der Justizminister Zychlinski erzählte dem Sejm, welche Fortschritte das polnische Gerichtswesen in dem letzten Jahre gemacht habe.

England und die polnisch-tschechische Annäherung.

Die englischen politischen Kreise bewahren gegenüber der polnisch-tschechischen Annäherung ihre Zurückhaltung; jedoch zielt die Annäherung zu sehr auf eine einseitige Allianz, als daß sie in London nicht Bedenken erweckte, zumal da man geneigt ist, sie als französische Antwort auf den deutschen Paktvorschlag aufzufassen. Der Pariser Korrespondent der „Times" sagt, soviel man feststellen könne, dürften folgende Dinge in den Bereich der polnisch-tschechischen Entente fallen: 1. Die Tschechen wollen Polen bezüglich Schlesiens, Danzigs und des Korridors unterstützen. 2. Polen wird den tschechischen Widerstand gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland unterstützen. 3. Die Polen und Tschechen wollen auf dem Balkan gemeinsam auftreten. 4. Polen will in Völkerbundsfragen mit der Kleinen Entente Hand ind Hand gehen. 5. Gemeinsame Politik gegenüber Rußland, die keineswegs antirussisch eingestellt sein werde.

Eine solche Entwicklung dürfte manchen englischen Kreisen eine gewisse Enttäuschung bereiten, denn die englische Diplomatie war im letzten Jahr in Polen nicht untätig.

Ein faschistisches Attentat in Litauen.

Der sozialdemokratische litauische Sejmabgeordnete Darkelis hielt am 1. Mai in Schaulen eine Versammlung ab. Auf dem Heimweg wurde er von Männern, die mit Schußwaffen versehen waren, überfallen und bestialisch zugerichtet. Den Schwerverletzten ließen sie auf der Straße liegen und erst am nächsten Morgen wurde er von Passanten gefunden und in das Krankenhaus gebracht. Die Attentäter sind Faschisten.

Anzweiflung der Wahl Hindenburgs.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei hat gegen die Wahl Hindenburgs einen formellen Protest eingebracht. Die Sozialdemokraten motivieren den Protest damit, daß in vielen Fällen die Wähler terrorisiert und Fälschungen begangen wurden, und fordern die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Wahlkommission wird sich am Freitag mit dem Protest befassen. Die demokratische und die Zentrumspartei zeigen für den Protest Gleichgültigkeit.

Der politische Machtkampf in Preußen.

Ministerpräsident Braun für Landtagsauflösung, falls die Regierung überstimmt werden sollte.

Im preußischen Landtag hat der interfraktionelle Ausschuß der Volksblockparteien eine Sitzung abgehalten, an der auch Ministerpräsident Otto Braun teilnahm. Die drei im Ausschusse vereinigten Parteien waren der Meinung, daß, wenn das Kabinett Braun wieder keine Mehrheit erlangen sollte, zur Auflösung geschritten werden müßte. Die Sozialdemokraten gaben die strikte Erklärung ab, daß die Gerüchte, wonach sie mit den Kommunisten über eine Stimmenthaltung Besprechungen gehabt hätten oder gar Abmachungen getroffen hätten, völlig unrichtig sind.

Ministerpräsident Braun schloß sich der Auffassung über die Auflösung an und teilte mit, daß der Auflösungsausschuß am Freitag zusammentreten und im gegebenen Falle unverzüglich die Auflösung vornehmen werde.

Die 1. Maifeier in Moskau.

800 000 Teilnehmer.

Der übliche Maifestzug war diesmal mit einer Militärparade und mit der Eidesleistung der jüngsten Rot-Armisten verbunden. Der Eid sowie die Parade wurde von Frunse abgenommen. Unter anderem defilierten auch mehrere Tanks. Der Zug der Moskauer Organisationen dauerte von elf bis siebzehn Uhr. Es beteiligten sich daran über 800 000 Menschen. Moskau war festlich geschmückt, besonders der Rote Platz, das Haus der Gewerkschaften, das Gebäude des Moskauer Ssowjet und sämtliche Staatsgeschäfte prangten in reicher Beleuchtung.

In Minsk hatte die Maimanifestation einen ausgesprochenen polenfeindlichen Charakter. Die Presse veröffentlichte gegen Polen gerichtete Artikel und die Züge,

die bis zur Grenze gingen, waren mit provokatorischen Aufschriften versehen.

* * *

Maifeier unter Mussolini.

Trotz des Verbots haben sich die Arbeiter dem Terror der Faschisten nicht gebeugt. In verschiedenen Städten kamen Umzüge zustande. In Mailand wurde während einer Schießerei zwischen Manifestanten und Faschisten ein Arbeiter getötet und mehrere verwundet.

In den Staatsbetrieben waren die Arbeiter vollzählig erschienen, dagegen sind nach Pressemeldungen in zahlreichen industriellen Betrieben Oberitaliens, besonders Triests, 50 bis 75 Prozent der Belegschaften ferngeblieben.

Lokales.

Generalsuperintendent Bursche an der Arbeit!

Der Versuch, die evangelischen Gemeinden in deutsche und polnische zu spalten.

Die Polonisierungsarbeit des Generalsuperintendenten der evangelisch-augsburgischen Kirche zieht immer weitere Kreise. Herr Bursche hat neben seiner Arbeit in dem polnischen Westmarkenverein seine Aufmerksamkeit auch wieder einmal Lodz zugewandt. Er sagte sich, daß die mißglückte Aktion, die vor drei Jahren gegen ihn unternommen wurde, ihn jetzt, nachdem sich die Gemüter beruhigt haben und so vieles zur Zufriedenheit auch der Unzufriedenen geregelt wurde, ihm neuen Mut gibt, die Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Vor einiger Zeit haben sich einige evangelische Polen zur Verfügung gestellt, vom Konsistorium die Errichtung einer polnisch-evangelischen Gemeinde zu fordern. Man fertigte eine Liste derjenigen an, die die polnisch-evangelische Gemeinde fordern. An der Spitze der Liste figurierten Namen wie Dr. Tochtermann, Geyer, Grohmann usw. Nachdem diese „Namen von Klang" die Führerschaft bildeten, besuchte man in den Privatwohnungen auch kleinere Leute, die man für die Notwendigkeit der Gründung einer polnisch-evangelischen Gemeinde zu erwärmen suchte.

Die kleineren Leute aus der Reihe der Bürgerschaft können nie nein sagen, wenn sie sich nur auf demselben Bogen unterschreiben dürfen, auf dem die „Namen von Klang" stehen. Auf diese Weise kam eine Liste zustande, auf der an 200 Namen stehen. Der größte Teil der „freiwilligen" Anhänger der polnischen Gemeinde schrieb seine Namen auch aus Geschäftsgründen, treu der bürgerlichen Ideologie: „Wenn ich nicht mit den Reichen gehe, so geht mein Geschäft den Weg alles Irdischen."

Das „Gesuch" wurde dem Konsistorium eingereicht. Am vergangenen Dienstag wurde vom Generalsuperintendenten Bursche in der Gemeindekanzlei der St. Johanniskirche eine Sitzung der Kirchenkollegien der beiden evangelischen Gemeinden einberufen. Den Vorsitz führte der Herr Generalsuperintendent, der den Versammelten das Gesuch vorlas. Darauf begründete der Generalsuperintendent die „Notwendigkeit" der Schaffung der polnisch-evangelischen Gemeinde und forderte die beiden Kollegien auf, der neuen polnischen Gemeinde eine der evangelischen Kirchen zur Verfügung zu stellen, in der diese mit eigenen Pastoren ihre Andachten abhalten würden.

Die Antwort, die der Herr Generalsuperintendent erhielt, war ablehnend. Alle Anwesenden stimmten dagegen und erklärten, daß die evangelischen Polen gegenwärtig in jeder Beziehung zufriedengestellt werden. Weiter betonten die Anwesenden, daß, wenn dieses Gesuch vom Konsistorium dennoch angenommen werden sollte, dies der Anfang der Trennung der evangelischen Kirche in zwei sprachlich verschiedene Teile sein würde. Der einen Gemeinde würden andere folgen und das Endergebnis müsse die Spaltung des Konsistoriums in ein polnisches und ein deutsches sein.

Nach zweistündigen erfolglosen Ueberredungsversuchen verließ der Generalsuperintendent die Sitzung. Den Vorsitz übernahm Superintendent Angerstein. Alle Pastoren und beide Kirchenkollegien stellten fest, daß das Gesuch eine Ruhestörung und nichts weiter als ein Versuch sei, den Nationalitätenhaß in die evangelischen Gemeinden zu tragen.

Die Hartnäckigkeit, mit der Generalsuperintendent Bursche seine Polonisierungsarbeit betreibt, läßt erkennen, daß er zur schärfsten Kampfansage gegen die deutsche Mehrheit in der evangelischen Kirche bereit ist.

Unserer Ansicht nach bleibt es nicht bei der vorgestrigen Sitzung und bei der Ablehnung des Gesuches. Der aalglatte Generalsuperintendent wird unzweifelhaft seine Offensive von der anderen Seite ansetzen und Kampfmittel zu Hilfe holen, gegen die die Deutsch-Evangelischen als Deutsche schwer ankämpfen werden können. Welche Mittel wir meinen, dürften unsere Leser wissen. Der Herr Generalsuperintendent will sich die Ordensauszeichnungen, die er bereits erhalten hat und bestimmt noch erhalten wird, ehrlich verdienen.

Selbst die Tatsache, daß sein Protest gegen das Konkordat in den Papierkorb geworfen wurde, hat ihn nicht davon überzeugt, daß Sejm und Senat die evangelische Kirche wenig beachten.

Sind es also nur Gleichberechtigungsbestrebungen für die Polnisch-Evangelischen? Nein, keinesfalls, da diese Gleichberechtigung schon seit vielen Jahren besteht. Es geht um den Kampf zwischen Polen und Deutschen, um die Polonisierung.

Das Ergebnis des Kampfes wird davon abhängen, ob die Deutsch-Evangelischen diesmal mutige Führer finden und wie sie den Kampf führen werden. Ein nochmaliges Zusammenbrechen der Auflehnung gegen Bursche bedeutet die langsame aber sichere Entnationalisierung der Deutsch-Evangelischen.

Um die Hebung der polnischen Ausfuhr.

Ueber die Verlängerung der Arbeitszeit folgen Konferenzen mit den Arbeitern.

Seit einiger Zeit finden in Warschau beim Premierminister Konferenzen mit den Vertretern der einzelnen Industriezweige statt.

Am Montag wurden die Forderungen der Naphtaindustrie besprochen und darauf die der Holzindustrie. Der Vertreter der letzteren verlangte die Abschaffung der Umsatzsteuer für auszuführendes Holz und der Gebühren für die Ausfuhrgenehmigungen, Herabsetzung der Stempelgebühren und der Eisenbahntarifsätze sowie einen neunmonatigen Kredit in der Bank Polski für die Holzexporteure. Er erklärte, daß die Holzausfuhr sich in diesem Jahre auf die Summe von 20 Millionen Pfund Sterling steigern werde.

Premierminister Grabski antwortete, daß es nicht im Interesse des Landes liege, Holz als solches auszuführen, sondern Holzerzeugnisse. Die Eisenbahntarifsätze können unmöglich noch mehr herabgesetzt werden.

Der Vertreter der Zuckerindustrie forderte den Zollschutz für Zuckerwaren, da die Industrie mit ausländischen Chokoladen und Zuckerwaren eine schwere Konkurrenz zu bestehen habe.

Die Forderungen der gesamten Exportindustrie referierte Abg. Wierzbicki. Er verlangte Abschaffung der Umsatzsteuer für alle Halbfabrikate und alle Fertigwaren, die nach dem Auslande gehen. Das größte Gewicht müsse auf die Handelstraktate gelegt werden, da sowohl die französische wie die tschechische Industrie nur durch die Handelstraktate mit den anderen Staaten wieder aufgebaut werden konnte. Die Hauptsache sei aber die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Hütten- und die Bauindustrie müssen die Genehmigung erhalten, den Arbeitstag zu verlängern, während für alle Industriezweige die 48stündige Arbeitswoche eingeführt werden müsse.

Premierminister Grabski antwortete, daß er auf die letzte Forderung nicht antworten könne, ohne sich mit der anderen Seite — der Arbeiterschaft — verständigt zu haben und ohne den Sejm zu fragen.

Danach ist zu erwarten, daß Konferenzen mit den Arbeiterverbänden in dieser Frage einsetzen werden. Obzwar Premierminister Grabski vorsichtig geantwortet hat, so läßt diese Antwort klar erkennen, daß er die Verlängerung der Arbeitszeit für beratungsfähig hält. Und dies ist eine vorläufig genügende Ansage.

Von der Krankenkasse.

Die Dienstagsitzung der Verwaltung leitete Vorsitzender Kaluzynski.

Nach Entgegennahme einer ganzen Reihe von Mitteilungen wurde eine Eingabe der zu den Reservistenübungen einberufenen Beamten um Zahlung der Bezüge während der Uebungen dahin entschieden, daß die zu erwartende Verordnung der Regierung in dieser Hinsicht verpflichten soll.

Die Fraktion der N. P. R. stellte den Antrag, den Beamten der Kasse, die am 1. Mai zur Arbeit nicht erschienen sind, entsprechende Lohnabzüge zu machen. Die Mitglieder der sozialistischen Fraktion behandelten die grundsätzliche Bedeutung des 1. Mai und wandten sich besonders an die N. P. R., der sie erklärten, daß sogar diese Partei als nationale Partei für den 1. Mai manifestieren müßte, da doch die Sozialisten als erste die Unabhängigkeit der Völker, also auch Polens, proklamiert haben. In der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der N. P. R. und der Industriellen angenommen.

Vorsitzender Kaluzynski referierte hierauf die Angelegenheit des Vertrages mit den Aerzten. In längerer Diskussion wurde die Taktik der Verhandlungen besprochen, jedoch die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

* * *

Am morgigen Freitag, den 8. Mai l. J., findet im Stadtratssaale an der Pomorskastraße 16 eine ordentliche Sitzung des Rates der Krankenkasse statt. Auf der Tagesordnung steht die Angelegenheit eines Berichtes der Revisionskommission über die Bilanzschlüsse der Kasse sowie die Frage der Erhöhung der Versicherungsskala bis auf 20 Zloty. Die Vertreter der Industriellen mobilisieren zu dieser Sitzung ihre Kräfte und wollen die Erhöhung der Skala auf alle Fälle verhindern. Es ist deswegen anzunehmen, daß die Delegierten der Versicherten ebenfalls vollzählig erscheinen. Auch will die sozialistische Fraktion in dieser Sitzung die Frage der Feier des 1. Mai und die damit zusammenhängenden Lohnabzüge für die Beamten auf die Tagesordnung stellen.

Arbeitslosenunterstützungen. Die neue Rate der Unterstützungen wird ausgezahlt:

Am Freitag	im Büro	1, 4	von Nr.	4401—4950
	„ „	2	„ „	4801—5400
	„ „	3	„ „	2401—3000
	„ „	1a 4a	„ „	4951—5500
	„ „	2a	„ „	5401—6000
Am Sonnabend	„ „	1, 4	„ „	5501—6100
	„ „	2	„ „	6001—6600
	„ „	3	„ „	3001 bis Ende
	„ „	1a 4a	„ „	6101 „ „
	„ „	2a	„ „	6601 „ „

Die Arbeitslosen müssen den Personalausweis, das Abrechnungsbuch, Legitimation und Unterstützungstalon besitzen.

Die Arbeitslosigkeit in Polen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in der letzten Aprilwoche von 181 320 auf 180 720 gesunken.

Vor der Gehaltskürzung der städtischen Angestellten. Angesichts dessen, daß zum 1. Juli die Verordnung des Staatspräsidenten über die Anpassung der Gehälter der Kommunalbeamten an die der Staatsbeamten in Kraft tritt und demgemäß eine Herabsetzung der Löhne erfolgt, begab sich eine Delegation der polnischen Berufsverbände zum Wojewoden, um diesen zu ersuchen, von den Warschauer Behörden die Außerkraftsetzung der Verordnung zu fordern. Der Wojewode erklärte, daß diese Verordnung verpflichtend sei und er keinesfalls intervenieren könne. Eine ebensolche Antwort erhielt die Delegation vom Chef des Selbstverwaltungsdepartements der Wojewodschaft. In einer in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung wollen die Beamten ihre weiteren Beschlüsse fassen.

Keine Vereinigung der jüdischen Angestellten. Bekanntlich hat sich der jüdische Angestelltenverband an der Sienkiewicza 22 an den Verband an der Kosciuszko-Allee 21 mit dem Angebot gewandt, beide Verbände zu verschmelzen, um die Klasseninteressen der Angestellten wirksamer verteidigen zu können. In seiner letzten Sitzung hat der Verband an der Kosciuszko Allee 21 das Angebot abgelehnt. Aus diesem Grunde hat nun der erste Verband eine Versammlung aller Angestellten einberufen, um die Absage zu besprechen.

Freitag ist Arbeitstag. Nach der Verordnung des Staatspräsidenten ist der St. Stanislaustag am Freitag, den 8. Mai, kein Feiertag mehr. Auch der Sejmbeschluß, der die Verordnung des Staatspräsidenten korrigierte, hat den Feiertag nicht beibehalten.

Das Polenmuseum von Rapperswyl. Das polnische Nationalmuseum, das sich früher in Paris befand und später auf russisches Drängen hin nach der Schweiz verlegt werden mußte, wo es während mehrerer Jahrzehnte in der Burg von Rapperswyl aufgehoben war, soll nun nach Polen übergeführt werden. Die Verwaltung des polnischen Museums schreibt den Transport der Museumssammlung und der großen Bibliothek aus.

Dem polnischen Stadttheater in Lodz, das Direktor Szyfman übernehmen soll, wird der Magistrat eine Beihilfe von 200 000 Zloty gewähren. Außerdem zahlt der Magistrat die Miete, die Kosten der Beheizung und Beleuchtung sowie die Versicherungssummen.

In der Pustastraße hat der Magistrat 25 Betonbänke aufgestellt.

Bankrott. Der Besitzer eines Manufakturladens, Pinkus Koper, Gdanska 40, erklärte seinen Bankrott. Ihm wurde jedoch nachgewiesen, daß er sein Vermögen versteckte und den Bankrott fingierte, um seine Gläubiger zu betrügen. Er wurde verhaftet. Seine Schulden betragen 17 000 Zl.

Autounglück auf der Tuszyner Chaussee. Auf der Strecke Rzgów-Tuszyn stieß das Noworadomsker Polizeiauto 506 mit der Ressorka eines gewissen Nowak von der Milszastr. 12 zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Wagen in mehrere Stücke zerbrach. Der in den Graben geschleuderte Nowak wurde am Kopf und Brust schwer verwundet. Der Zustand des Nowak, der in das Lodzer Krankenhaus in der Drewnowskastraße gebracht wurde, ist besorgniserregend.

Erhängt hat sich im Wäldchen an der Konstantynower Chaussee ein Andrzej Janiak.

Tod bei der Arbeit. Beim Auflegen eines Riemes wurde gestern vormittag der Arbeiter der Fabrik Kintzler, Gdanska 80, Waclaw Nitecki von der Transmission erfaßt und auf der Stelle getötet. Dem Unglücklichen wurden beide Hände und Arme abgerissen.

Vereine.

Die Operette „Es war einmal ...“ von Josef Stabernak, die in gemeinsamer Zusammenarbeit des Gesangvereins „Cäcilie“ und der Musikabteilung des Deutschen Schul- und Bildungsvereins am verflossenen Sonntag zum zweiten Mal gegeben wurde, hatte auch diesmal einen durchschlagenden Erfolg; einzelne Gesangseinlagen mußten bis dreimal wiederholt werden. Diese beifällige Aufnahme des Werkes seitens unserer Lodzer Gesellschaft, die wirklich gute Operettenmusik schon lange entbehrt hat, nimmt denjenigen nicht weiter wunder, der bereits Gelegenheit hatte, die dem Gemüt sich einschmeichelnden Weisen der Operette zu hören. Die Verwaltungen beider Vereine sehen sich daher auf vielfachen Wunsch veranlaßt, die Opperette noch einmal, diesmal aber zum letzten Male zu wiederholen. Um den Besuch dieser letzten Vorstellung, die am Sonnabend, den 9. Mai, im Lokale des Männergesangvereins, Petrikauerstr. 243, um 8 Uhr abends, stattfindet, weitesten Kreisen unserer deutschen Bevölkerung zu ermöglichen, sind die Eintrittspreise bis auf das Aeußerste ermäßigt worden. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Drogerie des Herrn Arno Dietel, Petrikauerstraße 157, und in den Abendstunden im Lokale des Gesangvereins „Cäcilie“, Wulczanskastr. 129, zu haben.

Touring-Club. Die neue Verwaltung. Auf der Generalversammlung, die am Sonnabend stattfand, wurden nachstehende Herren in die Verwaltung gewählt: Präses Anton Rzerzać, 1. Vizepräses Edmund Guse, 2. Vizepräses Julius Hein. Vorstandsmitglieder: H. Walter, J. Müller, J. Bellermann. A. Seezen, H. Seezen, E. Genau, O. Lipski, H. Drose, A. Jäckel, E. Mantey, A. Zaleski, A. Brosch, A. Glathe, P. Leonow, A. Stenzel. Kandidaten: M. Schwalbe, A. Lamp, A. Ullrich. Revisionskommission: V. Frey, E. Fiedler, J. Böhne,

Der Kirchengesangverein der St. Trinitatisgemeinde hielt am Montag abend eine Generalversammlung ab, in der der Kauf des Grundstückes in der Kilinskiegostraße Nr. 83 für den Preis von 10 tausend Dollar gutgeheißen wurde. Der anwesende Notar, Herr Kahl, vollzog sofort den Kaufakt. Die Versammlung beschloß, um die Mittel für den Kauf aufzubringen, den Mitgliedsbeitrag für dieses Jahr auf 50 Zloty festzusetzen.

Aus dem Reiche.

Konstantynow. Wiederaufbaukredite. Der Sejmik des Lodzer Kreises hat sich an die Wojewodschaft mit der Forderung gewandt, Konstantynow für Wiederaufbauzwecke eine halbe Million Zloty zu gewähren. Es ist die Hoffnung vorhanden, daß die Behörden diese Anleihe erteilen werden.

Warschau. Den Sohn aus dem Fenster geworfen. Im Hause 31 an der Wroniastraße wohnt im vierten Stockwerk der Beamte des hl. Lazarusspitals Wladyslaw Kinfeld mit seiner zweiten Frau und einem 10jährigen Sohne aus erster Ehe. Die Frau konnte ihren Stiefsohn nicht leiden, weswegen es oft zu Zwistigkeiten in der Familie kam, bei denen das Kind regelmäßig Schläge erhielt. Vorgestern machte die Frau dem K. wieder Vorwürfe wegen des Kindes. K. ergriff in einem Wutanfall seinen Sohn und warf ihn zum Fenster hinaus. Wie durch ein Wunder erlitt er nur leichte Verletzungen. Der entmenschte Vater wurde verhaftet.

— Verhaftete Falschmünzer. Hier wurde eine Fabrik falscher Fünfzlotyscheine aufgedeckt. Drei Personen wurden verhaftet.

Krakau. Eine Ehetragödie. In dem früheren Gebäude der Polizeidirektion, in dem jetzt einige Banken untergebracht sind, übte der 25jährige Jan Podskalny die Dienste eines Portiers aus. Podskalny war jung verheiratet. Während einer Eifersuchtsszene zerrte er seine Frau Ludwika in die Portierstube und schnitt ihr mit einem Rasiermesser die Gurgel durch. Mit dem Aufgebot der letzten Kräfte gelang es der Frau, sich den Händen des Mannes zu entreißen und über den Hof nach dem Börsensaal zu entfliehen, wo sie zusammenbrach und verblutete. Podskalny, der sah, was er angerichtet hatte, lief auf den Boden und stürzte sich vom vierten Stock auf die Straße. Podskalny war auf der Stelle tot.

Lemberg. Was zu viel ist, ist zu viel. Seinerzeit wurde im Sejm eine Kommission gewählt, die im hiesigen Steueramt nachprüfen sollte, ob in diesem Amt Steuerungenauigkeiten vorgekommen sind. Die Kommission stellte fest, daß das Amt in einem Jahre 320 Milliarden Mark erhob, während die Städte mit ausgesprochen industriellem Charakter höchstens 200 Milliarden zahlten. Die Gesuche um Nachprüfung der veranlagten Steuern wurden in 15 Sekunden erledigt. Lemberg hat 24 Prozent der gesamten Umsatzsteuer Polens aufgebracht. Die übereifrigen Steuerbeamten werden zur Verantwortung gezogen.

Luniniec. Zum Tode verurteilt wurden hier die Banditen Mikita Kluka, Jan Lewczuk und Kuzma Narywonczyk wegen eines Banditenüberfalls auf einen Eisenbahnzug.

Kurze politische Nachrichten.

Aus dem „Wyzwolenie“-Klub. In einer gestrigen Sitzung des Klubs des „Wyzwolenie“ legte Abg. Rudzinski sein Vorsitzendenmandat nieder. Dasselbe taten die Vizevorsitzenden Putek und Wyrzykowski. Die Wahlen eines neuen Präsidiums finden heute statt.

Caillaux fährt nach London. Caillaux beabsichtigt Mitte Mai mit dem englischen Außenminister Chamberlain in London zusammenzukommen, um wichtige wirtschaftliche und außenpolitische Fragen zu besprechen.

Ableben eines schwedischen Sozialistenführers. Der Nachfolger Brantings in der schwedischen sozialistischen Partei, Thomsson, ist am 5 Mai in Stockholm gestorben.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Achtung, Krankenkassenräte der D. A. P. der Lodzer Krankenkasse!

Am Freitag, den 8. Mai l. J., um 7 Uhr abends, findet im Stadtratsaale eine ordentliche Sitzung des Rates der Kasse statt, in der wichtige Fragen erledigt werden sollen. Die Anwesenheit aller Ratsmitglieder ist deswegen erforderlich.

Konstituierung des Ortsvorstandes.

In der gestrigen Sitzung des neuen Vorstandes der Lodzer Ortsgruppe wurde derselbe wie folgt konstituiert: Vorsitzender Gustav Ewald, Stellvertreter Robert Filbrich, Kassierer Seibt, Stellvertreter O. Seidler, Schriftführer E. Semmler, Stellvertreter Kaschner.

Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Lodz.

Am Montag, den 18. Mai d. J. findet um 7 Uhr abends im Saale an der Andrzejastraße 17 eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung: Bericht über den Parteitag. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten.

Referentenkurse.

Am Sonntag, den 10. Mai l. J., findet im Parteilokal in der Zamenhofastr. 17 der übliche Referentenkurs statt. Sprechen wird Abg. Emil Zerbe. Beginn 9 Uhr früh.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Der 2. Parteitag der Deutschen Arbeitspartei Polens.

(Schluß)

Die Finanzen der Partei.

Abgeordneter Kronig referierte hierauf über den Punkt „Die Finanzen der Partei". Er unterstrich, daß die bisherigen Mitgliedsbeiträge nicht ausreichen, die Unternehmungen der Partei und die vielen Aktionen zu finanzieren. Deswegen sei es notwendig, die Beiträge zu erhöhen. Angenommen wurde der Antrag, wonach der Beitrag vom 1. Juli l. J. ab monatlich 50 Groschen, für Frauen 25 betragen soll. Die Arbeitslosen werden von den Beiträgen befreit. Für unbemittelte Mitglieder beträgt der Beitrag 25 Groschen. Die Einschreibegebühr beträgt von 50 Groschen aufwärts.

Bei dieser Gelegenheit forderte der Referent die Ortsgruppen auf, die Abrechnungen mit dem Hauptvorstand regelmäßig zu tätigen sowie die Protokolle der Revisionskommissionen dem Hauptvorstand und der Kontrollkommission einzusenden.

Hierauf schritt das Präsidium zur

Abstimmung über die Anträge zum Geschäftsbericht.

Angenommen wurden folgende Anträge:

Der Verband der Stadtverordneten der D. A. P.

„Die Stadtverordnetenfraktionen der D. A. P. schließen sich zu einem Verband der Stadtverordneten der D. A. P. zusammen. Die Aufgabe des Verbandes der Stadtverordneten der D. A. P. ist die Führung der Selbstverwaltungspolitik der Partei. Zur Leitung und Durchführung der Beschlüsse des Verbandes sowie sämtlicher mit der Verwaltungsarbeit der Partei verbundenen Aufgaben wählt der Verband der Stadtverordneten der D. A. P. einen Selbstverwaltungsausschuß, der sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt.

Der Verband der Stadtverordneten der D. A. P. tritt nach Bedarf zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den Selbstverwaltungsausschuß und muß erfolgen, wenn der Hauptvorstand der Partei oder mindestens ein Drittel sämtlicher Stadtverordneten der D. A. P. die Einberufung wünschen.

Neugewählte Stadtverordnetenfraktionen sind dem Verbande sofort anzuschließen."

Der Verband der Krankenkassenfraktionen.

„Die Krankenkassenfraktionen der D. A. P. schließen sich zu einem Verband der Krankenkassenräte der D. A. P. zusammen. Die Aufgabe des Verbandes der Krankenkassenräte der D. A. P. ist die Führung der Krankenkasse sowie der allgemeinen sozialen Versicherungspolitik der Partei. Zur Leitung und Durchführung der Beschlüsse des Verbandes sowie sämtlicher mit dem obigen Arbeitsgebiet verbundenen Aufgaben wählt der Verband der Krankenkassenräte der D.A.P. einen Krankenkassenräteausschuß, der sich aus 5 Mitgliedern zusammensetzt. Der Verband der Krankenkassenräte der D. A. P. tritt nach Bedarf zusammen. Die Einberufung erfolgt durch den Krankenkassenräteausschuß und muß erfolgen, wenn der Hauptvorstand der Partei oder mindestens ein Drittel sämtlicher Krankenkassenräte der D. A. P. die Einberufung wünschen.

Neugewählte Krankenkassenräte sind dem Verbande sofort anzuschließen."

Die Regelung der Beziehungen zu den sozialistischen Parteien Polens.

„Der 2. Parteitag der D. A. P. dokumentiert durch diesen Beschluß noch **einmal**, daß die Schaffung arbeitsfähiger Beziehungen zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien Polens die notwendige Vorbedingung einer dauernden proletarischen Einheitsfront innerhalb unseres Staates ist. Davon ausgehend verpflichtet der 2. Parteitag die Parteiinstanzen, die bereits bestehen, Beziehungen mit sozialistischen Parteien zu festigen, neue anzuknüpfen und, wenn möglich, ein dauerndes Einvernehmen mit allen sozialistischen Parteien Polens bei Wahrung der Selbstständigkeit der D. A. P. zu schaffen.

Mit den Parteien, zu denen die D. A. P. bereits in freundschaftlichen Beziehungen steht, wie P. P. S. und dem jüdischen „Bund", sind ständige Beziehungen im Interesse des gemeinsamen Kampfes um die Forderungen der sozialistischen Arbeiterschaft Polens herzustellen, wobei ausdrücklich betont werden muß, daß der Kampf um die Rechte der Minderheiten, der Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus eine Vorbedingung für Annäherung und Zusammenfassung aller sozialistischen Kräfte ist."

Das Verhältnis der D. A. P. zur D. S. P.

„Der 2. Parteitag der D. A. P. stellt fest, daß im Interesse der Einheitlichkeit der deutschen sozialistischen Bewegung sowie zu wirksamerer Verteidigung der völkischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen arbeitenden Volkes in Polen eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit der D. A. P. mit der D. S. P. notwendig ist.

Zu diesem Zwecke beschließt der Parteitag:

Der Hauptvorstand der D. A. P. wird beauftragt, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der D. A. P. und der D. S. P. zu schaffen. Die D. A. P. und D. S. P. wählen eine Exekutive aus 4 Personen. Zur Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft gehört:

Die Schaffung von Bedingungen für einen vollständigen Zusammenschluß der D.A.P. und der D.S.P.

Das Arbeitsgebiet der Exekutive der Arbeitsgemeinschaft bis zum Zusammenschluß beider Parteien ist:

Führung der internationalen Politik;

Vertretung der Parteien nach außen;

Pflege der Beziehungen zu anderen politischen Parteien;

Führung gemeinsamer Aktionen in allgemeinen Fragen.

Dem nächsten Parteitag wird die Frage des Zusammenschlusses zur Entscheidung unterbreitet."

In Sachen der Jugendorganisation.

„Der 2. Parteitag fordert die Delegierten sowie sämtliche Parteiinstanzen auf, der Organisierung der Jugend in den Ortsgruppen der D. A. P. die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen und den neuentstandenen Ortsgruppen der Jugend die nötige moralische und materielle Hilfe zu erteilen."

„Der 2. Parteitag billigt den Entschluß der Sportsektion, die Geldmittel für den Olympiafonds durch Spenden bei Mitgliedern der D. A. P. aufzubringen".

Frauenorganisation.

„Der Hauptvorstand wird aufgefordert, baldmöglichst eine Frauenorganisation ins Leben zu rufen, da eine solche für die Partei von weittragender Bedeutung ist."

Gründung neuer Ortsgruppen.

„Der Hauptvorstand wird beauftragt, Ortsgruppen in Bialystok und Tschenstochau und überall dort zu gründen, wo Deutsche ansässig sind."

Der Antrag auf Entlastung des Parteirats und des Hauptvorstandes.

„Der Parteitag nimmt den Bericht der Kontrollkommission zur Kenntnis und erteilt dem Parteirat sowie dem Parteihauptvorstand Entlastung.

Es wird allen, die an der Parteiarbeit teilgenommen und zu den erzielten Erfolgen beigetragen haben, der Dank ausgesprochen mit der Aufforderung, für die Partei und ihre Ziele weiter arbeiten zu wollen."

Die Wahlen des Parteirates.

Die Kommission zur Aufstellung der Kandidaten für den Parteirat legte die nachstehende Liste vor, die einstimmig angenommen wurde: **Kittel** und **Herter**-Pabianice, **John**-Zdunska Wola, **Reinert**-Ozorkow, **Stranz** und **Jäger**-Zgierz, **Weggi** und **Jek**-Tomaschow, **Schmidt**-Zyrardow, **Schlichting**-Alexandrow, **Heidrich**-Konstantynow, **Zerbe**, **Kronig**, **Kuk**, **Seidler**, **Ewald**, **Filbrich**, **Richter**, **Seibt**, **A. Zerbe**, **Semmler** und **Kociolek**-Lodz.

Drei weitere Mandate sind für neuzugründende Ortsgruppen reserviert.

In die Kontrollkommission wurden gewählt: Ludwig **Richert**-Tomaschow, **Eierkuchen**-Konstantynow, sowie **Hoffmann**, **Güttler** und **Wiedemann**-Lodz, Ersatzmänner **Scheich**-Zgierz und O. **Hegenbart**-Pabianice.

Die Wahl des Parteivorsitzenden.

Gemäß dem abgeänderten Organisationsstatut wurde hierauf zur Wahl des Vorsitzenden aus der Mitte der Parteiratsmitglieder geschritten. Einstimmig wiedergewählt wurde Abgeordneter **Emil Zerbe**.

Nach dieser Wahl wünschte der Versammlungsleiter Stv. **Klim** dem Parteivorsitzenden ersprießliche Arbeit zum Wohle und zur Größe der Partei.

Abg. **Zerbe** forderte seinerseits alle Parteimitglieder auf, kräftig am Ausbau der D. A. P. mitzuarbeiten, um dem deutschen werktätigen Volke die Befreiung zu erkämpfen.

Um 8 Uhr abends wurde der für die Organisation so bedeutungsvolle Parteitag geschlossen.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(66. Fortsetzung.)

Kapitän Fagan hatte es damals mit einer Ruhe und Selbstverständlichkeit gesagt, die sogar den Diktator eine Minute verblüffte. Nur eine Minute. Dann hatte er die Vorzüglichkeit der Idee erfaßt.

Zuchthäusler führten die unterseeische Station aus. Menschen, die von den amerikanischen Gerichten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Es kamen Monate, in denen der elektrische Stuhl wenig zu tun hatte, weil der Diktator auffallend häufig begnadigte. Aber nur Menschen, die mit Eisen und Stahl umzugehen verstanden, Menschen, die in die Branche paßten. —

Kapitän Fagan gab dem Präsident-Diktator auf dessen Fragen präzisen Bericht.

„Die Hallen eins bis sechzehn sind fertig. Versehen mit Proviant, Brennstoff und Munition. Vier Hallen sind noch im Bau. Die Wohnhallen für das ordentliche Marinepersonal. Die Zuchthäusler sterben wie die Fliegen. Haben auch schlechte Unterkunft in den Verbindungstunnels."

„Der Endtermin ist um drei Wochen überschritten. Wann werden die Wohnhallen fertig beziehbar dastehen?"

Die Stimme des Präsident-Diktators klang scharf und schneidend, als er die Frage stellte.

„In drei Tagen, Herr Präsident."

„Sie bürgen dafür?"

„Ich bürge, Herr Präsident."

„Sind die Verteidigungsanlagen fertig?"

„Sie sind fertig, Herr Präsident. Die Station ist von einem dreifachen Kranz unterseeischer Torpedominensender umgeben. Die akustischen Empfänger sprechen auf jedes Schraubengeräusch unter und über Wasser an. Die Hertzschen Strahler fassen auf zehn Kilometer jedes Ziel und dirigieren die Torpedos zu seiner Vernichtung."

„Wie steht es mit dem Schutz gegen Luftsicht?"

„Seit acht Wochen arbeiten unsere Seefärber. Es war ein glücklicher Gedanke, unsere Station wie einen Tintenfisch mit eigenen Farbdrüsen auszustatten. Das Azoblau, welches die Seefärber Tag und Nacht in gleichmäßigem Strome in die See geben, färbt das Wasser so gleichmäßig, daß die ganze Untiefe vollkommen unsichtbar wird. Auch aus zweitausend Meter Höhe konnten unsere eigenen Flugschiffe die Station nicht finden, wenn die Färber arbeiteten. Wir mußten eine besondere Erkennungsboje auslegen."

Cyrus Stonard hatte sich erhoben. Seine Augen leuchteten wild in fanatischem Glanz, während er den Mann betrachtete, der das Riesenwerk in einem Jahr glücklich zum Abschluß gebracht hatte.

„Kurz und gut, Herr Kapitän! Wann sitzt der letzte Niet? Wann kann die Station in den Krieg eintreten?"

„In drei Tagen, Herr Präsident! In drei Tagen sind die Marinemannschaften in ihren Quartieren, die Sklaven weggeschafft. In drei Tagen leistet die Station alles, was sie zu leisten hat."

„Ich danke Ihnen — — — — Herr Admiral! Sie haben Ihre Sache gut gemacht. Sie bleiben weiter zu meiner Verfügung."

Cyrus Stonard sprach mit befehlsgewohnten Lippen. Kapitän Fagan errötete. Ein Zittern ging durch seine bis dahin unbewegliche Gestalt. Ein Lob aus dem Munde des Diktators. Ein uneingeschränktes Lob und zugleich die Ernennung zum Admiral. Das war mehr, als er in diesen zwölf Monaten schwerer Arbeit mit Nächten der Verzweiflung und Tagen des Mißmuts zu hoffen gewagt hatte.

Er beugte sich nieder, wollte die Hand des Diktators ergreifen und küssen. Cyrus Stonard wehrte ab.

„Lassen Sie, Herr Admiral! Gehen Sie, und dienen Sie mir und dem Lande so weiter, wie Sie bis jetzt gedient haben!"

Mit unsicheren Schritten verließ Admiral Fagan das Kabinett.

In der Mitte des Gemaches blieb Cyrus Stonard stehen und blickte ihm lange Zeit nach. Es zuckte und arbeitete in den asketischen Zügen des Diktators. Seine Lippen bewegten sich und formten Worte, während ein verächtliches Lächeln sie umspielte.

„Da geht er hin . . . der Eiserne . . . Errötet und zittert wie ein junges Mädchen. Um das eine Wörtchen Admiral . . . Hätte ich ihn hart angefahren, seine Arbeit getadelt, ihn weggejagt, er wäre davongeschlichen . . . hätte kein Wort des Widerspruchs gewagt . . . Eisern . . . pah! . . . so sind sie alle . . . ohne Ausnahme! Nur wenn sie den Herrn fühlen, tun sie, was sie sollen . . . was für das Land nötig ist . . . Kreaturen, die ein Wort von mir erhöht oder in den Staub wirft . . ."

Der Präsident-Diktator kehrte langsam zu seinem Sessel zurück. Weltverachtung sprach aus seinen Zügen. Es waren alles Sklaven. Im Grunde nicht besser als die Fünftausend, die das letzte Jahr auf dem Seegrunde gefrondet hatten.

Ein Gefühl des Ueberdrusses überkam ihn. Warum sich mühen und plagen, um diese Sklavenherde mit Gewalt den Weg zu ihrem Glück zu führen. Weil . . . weil . . .

Ein Adjutant trat ein. Leutnant Greenslade brachte eine Depesche. Einen Bericht über die Vorgänge in Sayville. Legte sie auf den Tisch und erwartete in dienstlicher Haltung die Befehle des Diktators.

(Fortsetzung folgt.)

Polens Ostpolitik.

Die polnische Ostpolitik läuft seit einiger Zeit darauf hinaus, ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Ssowjetrußland innerhalb der Randstaaten, Finnland und Rumänien, unter polnischer Führung zustande zu bringen. Die Geschichte dieses Versuches reicht zunächst auf die Schritte zurück, welche Dr. Kallas, der estländische Gesandte in London, bei Chamberlain resp. Gregory im Januar d. J. unternommen hatte und die darauf hinausliefen, England zu bewegen, in Estland eine Flottenbasis anzulegen und überhaupt über Estland, das sich erst kürzlich beim Dezemberputschversuch als Burg gegen die bolschewistische Gefahr erwiesen hatte, eine Art Protektorat zu übernehmen. Die Engländer lehnten diesen Vorschlag unumwunden ab, wie sie auch s. Zt. den Finnländern auf eine bezügliche Anfrage geantwortet hatten, daß ihnen ein militärisches Bündnis der Randstaaten mit Polen, Rumänien und Finnland nicht erwünscht scheine, wie Polen die finnische Regierung hatte glauben machen wollen. Als die Polen von den Schritten des Dr. Kallas erfuhren, gegen welche der hiesige Ssowjetvertreter bei der estländischen Regierung sofort durch eine entsprechende Note Protest einlegte, um die Versicherung zu erhalten, daß Kallas, wenn überhaupt, so auf eigene Verantwortung jene Schritte unternommen habe, so beschlossen sie als „Schutz im Osten" aufzutreten und durch ihren Generalstab ein militärisches Abkommen ins Leben zu rufen. Es folgte der Besuch Keßlers in den Randstaaten und die Rigaer Konferenz der Generalstäbler, die trotz ursprünglicher Ableugnung am 31. März stattgefunden hat. Bekanntlich machte man ssowjetrussischerseits auf diese Konferenz und ihr angeblich auch gegen Deutschland gerichtetes Programm bereits aufmerksam, als sie noch nicht eröffnet war. Das anfängliche Dementi der Randstaaten machte sich die falsche Zeitangabe in der Ssowjetpresse zu Nutzen, um den Zusammentritt der Konferenz überhaupt in Abrede zu stellen. Aber das nicht gerade geschickte Leugnen von Tatsachen, die unschwer zu kontrollieren waren, hat um so weniger Sinn, als bekannt geworden ist, daß das politische Tagebuch des expansiven Dr. Kallas in einer Kopie den Ssowjetrussen in die Hände gefallen ist und sie über Dinge informiert haben dürfte, welche bedeutungsschwerer sind als die Rigaer Konferenz, die alles in allem gewiß noch nicht über allgemeine und verbindliche Zusicherungen hat hinausgehen können.

Werbe neue Leser für dein Blatt!

Eine Monarchistentagung in Posen.

An der Tagung nahmen Vertreter der polnischen monarchistischen Organisationen aus Posen, Warschau, Krakau Lemberg, Wilna und Teschen teil. Begrüßungstelegramme sandten u. a. General Dowbor-Musnicki, Senator Jackowski und Abg. Dubanowicz.

Die monarchistischen Bestrebungen in Polen sind nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen. Wenn man von einer Agitation für den Bruder der Königin Zita, Sixtus von Parma, wohl nicht sprechen kann, so doch von einer solchen für die Habsburger. Der Mittelpunkt der monarchistischen Agitation befindet sich in Krakau. Es genügt, einen Blick in das Krakauer Organ der Monarchisten zu tun, um sich ein Bild von der Geistesverfassung dieser Politiker zu machen, die noch heute von Habsburgern schwärmen.

In dem Krakauer Blatt, das auch zur Posener Tagung der Monarchisten Stellung nimmt, werden die Habsburger nicht direkt propagiert. Es wird jedoch zu verstehen gegeben, daß, falls Ungarn und Oesterreich die Habsburger zurückrufen würden, auch ein großer Teil des tschechischen Volkes nicht abgeneigt wäre, einen Habsburger auf den Thron zu setzen. Daraus zieht das Blatt die Schlußfolgerung, daß es sich auch für Polen verlohnen würde, über eine monarchistische Staatsverfassung mit einem Habsburger an der Spitze nachzudenken.

So lange die polnischen Monarchisten solch Unsinn verzapfen, so lange braucht es uns um den republikanischen Gedanken in Polen nicht bange zu werden.

Frankreichs Antwort auf die deutschen Vorschläge.

Wie Reuter erfährt, wird erwartet, daß Frankreich in einigen Tagen die Ansicht der französischen Regierung über den von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspakt nach Berlin übermitteln wird und zwar wird es sich nur um die Meinungsäußerung Frankreichs handeln und nicht um eine Note. Der Inhalt wird vorher den Alliierten mitgeteilt werden. Besprechungen zwischen den verschiedenen Regierungen zwecks Klärung gewisser Punkte haben bereits stattgefunden.

Die Bombenbanditen von Csongrad

Heute begann vor der königlichen Tafel der Prozeß gegen die Csongrader Bombenwerfer. Der Szolnoker Gerichtshof hatte die Attentäter, die am zweiten Weihnachtstag des Jahres 1923 in den Tanzsaal des Hotels „zum König von Ungarn" in Csongrad eine Bombe geworfen hatten, durch welche drei Personen getötet und fünfundzwanzig schwer verwundet wurden, freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte gegen den Freispruch Berufung ein und die königliche Tafel ordnete die Ergänzung der Untersuchung an. Für die Verhandlung des Prozesses hatte das Präsidium der königlichen Tafel selbst außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen verlangt. Dementsprechend erschien ein ungewöhnlich großes Polizeiaufgebot im Gerichtsgebäude, was deshalb bemerkenswert ist, weil eine Verhandlung der königlichen Tafel zum erstenmal unter polizeilichem Schutze durchgeführt wird.

Als erster der Angeklagten wird Ladislaus Simko einvernommen. Er verantwortet sich damit, daß ihm sein Geständnis durch unmenschliche Mißhandlungen der Polizeiorgane von Csongrad erpreßt worden sei. Der Angeklagte beschuldigt den Ministerialrat Dioszeghy, daß er die Detektivs angeeifert hätte, alle Beschuldigten so lange zu prügeln, bis sie sich als Urheber des Bombenanschlages bekennen.

Aus Welt und Leben.

Deutsche Kunst in Moskau. Was wird in Moskau in den Theatern und Konzerten gespielt? Darüber gibt uns ein Blick in die Moskauer Zeitung „Iswestija" Auskunft. In der Oper Wagners „Walküre" und „Tristan und Isolde"; im Konzertsaal Beethovens „Neunte Sinfonie" unter Klemperers Leitung, Liszts „Mazepa" und „Les preludes", Wagners „Meistersinger"-Vorspiel und die „Tannhäuser"-Ouverture. Das „Sinfonische Orchester ohne Dirigent" zählt zu den meistgespielten Komponisten Beethoven und Wagner. Das größte Kinotheater Moskaus bringt in seinem Spielplan den „Nibelungen-Film". In den Anzeigen wird er als das größte Werk der Kinokunst bezeichnet. Wie man sieht, besteht also auch im heutigen Rußland ein erfreulich großes und vielseitiges Interesse für die deutsche Kunst.

Der wißbegierige Zar. Vom Kaiser Peter von Rußland, genannt der Große, erzählt man folgende Geschichte: Peter sah in Berlin einen Galgen und fragte, was das dreieckige Ding bedeuten solle? Als man ihm erklärte, was es sei, sagte er, man solle geschwind einen dran hängen, damit er sehe, wie das gemacht würde. Man sagte ihm, daß gegenwärtig keine zum Tode verurteilten Missetäter vorhanden wären, und nur Leute, die schwere Verbrechen begangen haben, gehängt würden. Darauf antwortete er: man solle nur einen von seinen Leuten nehmen und ihn daran hängen.

Amerikas Verbrecherkönig. Nach einer Gerichtsverhandlung, die ganz Amerika mit atemloser Spannung verfolgte, wurde Gerald Chapman, Amerikas Verbrecherkönig, wegen Ermordung eines Polizisten zum Tode durch den Strang verurteilt. Chapman war der Führer einer Räuberbande, die im Jahre 1922 bei hellem Tage in den Straßen Neuyorks ein Postautomobil anhielt und daraus Geld und Wertpapiere im Betrage von einer Million Dollar raubte. Im Laufe der Zeit gelang es zahlreiche Mitglieder der Bande dingfest zu machen und unter ihnen auch Chapman, den Führer. Dieser verstand jedoch, mit seinen Komplizen in Verbindung zu treten, um aus dem Gefängnis in Atlanta zu entkommen. Hierbei bestand er einen Revolverkampf mit den hinzueilenden Aufsehern und setzte sie außer Gefecht. Als Chapman wieder ergriffen war, wurden die Vorsichtsmaßregeln verschärft. Gleichwohl glückte ihm eine zweite tollkühne Flucht. Nachdem er zum drittenmal ergriffen worden war, wurde ihm schleunigst der Prozeß gemacht. In der Verhandlung spielte er die Rolle des offenherzigen Verbrechers, der alle seine Untaten mit einem gewissen Stolz zugibt und seine Verbrecherlaufbahn in gewählter Sprache schildert, indem er dabei zahlreiche den Behörden unbekannte Vorgänge erzählt.

Nollet gegen die Wanzen. Der französische General Nollet hat einen Feldzug gegen die Wanzen angekündigt. Die französischen Kasernen, besonders die alten Gebäude, leiden stark unter dieser Plage, und der General hat den Wanzen einen erbitterten Krieg angesagt. Die französische Armee wird noch manche Schlacht schlagen müssen, bevor sie dieses Gegners Herr wird.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(43. Fortsetzung.)

Ganz für sich allein stand auf dem hohen Aufbau des Schreibtisches eine kleine Figur, von der ein Blitzen ausging wie von Gold und Edelsteinen. Er wollte die Hand danach ausstrecken, da stand Herta neben ihm und hatte statt seiner die Figur auf ihre Hand genommen.

„Mein Schutzheiliger. Ein echter Vitzliputzli. Wir beide sind gut Freund miteinander; denn er versteht's, die Zeit zu vertreiben. Tag für Tag studiere ich an ihm herum und weiß noch immer nicht — hat er den Mund so weit geöffnet zum Lachen — oder zum Verfluchen."

Dem Professor war's auf einmal, als ob eine Fieberkranke vor ihm stünde, zu ihm rede. Die Fratze auf ihrer Hand hätt' er ihr entreißen und in weitem Bogen hinaus ins Meer schleudern mögen.

Sie schien sein Empfinden zu erraten. Wie schützend breiteten sich ihre Finger über die Figur, die sie behutsam auf ihren Platz zurückstellte.

„Darüber wache ich, daß mir keiner daran rührt. Ein Spielzeug will am Ende jeder haben."

„Ein Rachegott ist ein schlechtes Spielzeug für Frauenhände."

„Ein Rachegott." Sie bog den schlanken Körper über den Schreibtisch hinüber, ihr Gesicht, an dem ein jeder der feinen, scharfen Züge gespannt war, dem kleinen Götzen so nahe, daß die vibrierenden Lippen ihn fast berührten.

„So meinen Sie doch wohl, es ist kein Lachen, sondern ein Fluch?"

„Ich meine, Herta," entgegnete er sehr langsam, „Sie sollten Danielas Bitte erfüllen und eine Zeitlang zu uns kommen."

„Nein."

Es klang verletzend in seiner schroffen Kürze, doch Erich Lüttgard verletzte es nicht, denn er glaubte das Empfinden zu verstehen, dem diese energische Weigerung entsprang, und er sagte:

„Sie würden selbstverständlich in allem ganz Ihre freie Herrin sein."

Doch sie schüttelte den Kopf. „Das ist es nicht. Aber Daniela und ich passen jetzt nicht zueinander. Man soll Schatten und Sonne nicht gar zu unmittelbar nebeneinander stellen."

„Neben der Sonne hält sich kein Schatten", lächelte er.

„Eben darum", gab sie zurück und er suchte sie nicht weiter zu bestimmen. Nur als er sich später verabschiedete und Herta ihn fragte, wie lange er auf die Insel zu bleiben gedenke, sagte er:

„Leider muß ich schon morgen wieder fort, denn die übernächste Schiffsgelegenheit nach Hamburg geht erst in drei Tagen, und so lange habe ich nicht Zeit. Und Sie, Herta, könnten Sie sich wirklich nicht entschließen, gemeinsam mit mir die Rückfahrt zu machen? Denn Sie beabsichtigen doch nicht etwa, hier zu überwintern?"

„Nein, das beabsichtige ich nicht. Vielleicht sehen wir uns im Gegenteil recht bald wieder. Ich werde den Winter in Berlin verleben."

Er fragte nichts weiter, wußte es aber, er und Daniela hatten mit Hertas Entschluß, nach Berlin zu kommen, nichts zu schaffen.

Als er am nächsten Tage wieder auf den Schiffsplanken sich einen mühsamen Halt suchte, der Regen in Strömen vom Himmel peitschte und die Insel wie eine verschwimmende Schattenform im Nebel verschwand, wünschte er's, er hätte die Fahrt hierher nicht gemacht. Denn er nahm sich ein Gefühl mit, als wäre er Herta Ellgenrodt ein schlechter Arzt gewesen.

XII.

Heinz und Adele saßen sich bei der Lampe gegenüber. Sie war mit einer Handarbeit beschäftigt, vor ihm lag die Zeitung, aber er las nicht. Die Ellenbogen aufgestemmt, die Stirn in die Hände gestützt, saß er und starrte auf das Blatt hernieder. Auf der hellen Tischdecke sprang wie ein hüpfender Kobold ein Schatten hin und her, hervorgerufen von Adeles Hand, die mit taktmäßiger Emsigkeit den Faden aus- und einzog. Eine prickelnde Ungeduld über diesen hüpfenden Schatten begann in ihm aufzuglühen, das leise schwirrende Geräusch des gespannten Fadens machte ihn bis zur Unkenntlichkeit nervös. Der eine Arm fiel ihm herab, die Finger trommelten auf der Tischplatte.

Adele unterbrach sich im Arbeiten, sah ihn fragend, ungewiß an.

„Möchtest du etwas, Heinz?"

„Nichts, gar nichts. Laß dich nicht stören in deinem Fleiß," sagte er in dem Tone wühlender Unzufriedenheit, den sie in letzter Zeit so häufig von ihm hörte, und dem sie so hilflos gegenüberstand, weil er in solchen Augenblicken ihrer Zärtlichkeit ebensowenig zugänglich war wie ihrem ruhigen, hoffnungsvollen Zureden. Eine Weile ruhten ihre Hände im Schoß, dann begann auf der Tischdecke der Schatten wieder seine Koboldsprünge.

Heinz war's, als müsse er mit der Faust danach schlagen und ihn zermalmen — den Schatten, der dunkler und immer dunkler sich auf sein Leben senkte.

Seine Hand fuhr in die Brusttasche, riß das Zigarettenetui heraus und stieß den leeren Behälter wieder zurück. Dann sprang er auf, ging zur Zimmerecke hinüber und warf sich da auf die Chaiselongue.

(Fortsetzung folgt.)